

Liebe Leserinnen und Leser,

ich mache keinen Hehl daraus: Die Stimmung in unserem Land und in unserer



Partei ist derzeit nicht gut. Das hat vor allem einen Grund: Unsere Wirtschaft kommt seit Jahren nicht mehr richtig in Schwung. Seit 2019 gibt es praktisch kein Wachstum mehr. Dabei

brauchen wir eine prosperierende Wirtschaft, wenn wir unseren Wohlstand sichern und den Menschen wieder Zuversicht geben wollen.

Reformen nehmen langsam Fahrt auf

Daher ist es gut, dass die Reformen der Bundesregierung langsam Fahrt aufnehmen. Der Gesetzentwurf zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung befindet sich im parlamentarischen Verfahren. Am Ende muss es darum gehen, Effizienzen im System zu heben. Denn Deutschland liegt im EU-Vergleich bei den Gesundheitskosten an der Spitze, aber bei der durchschnittlichen Lebenserwartung nur im unteren Mittelfeld. Dringender Reformbedarf besteht auch bei der Rente, um auch hier die Beitragssätze nicht ausufern zu lassen und die Lasten nicht immer stärker künftigen Generationen aufzubürden. Die Rentenkommission wird in Kürze ihre Ergebnisse vorstellen. Zudem haben wir als Union erste konkrete Vorschläge für eine Steuerreform vorgelegt, mit denen wir vor allem die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen entlasten wollen.

Wir müssen Freiräume schaffen

Kurzum, die dicksten „Brocken“ haben wir noch vor uns. Aber es gibt keinen Grund, verzagt nach vorne zu schauen. Wir haben in unserer Geschichte bereits zahlreiche schwere Krisen und Rezessionen überwunden. Immer wieder sind wir gestärkt daraus hervorgegangen – nicht wegen großer Bodenschätze, sondern weil wir Menschen hatten, die ihre Freiräume genutzt haben, um anzupacken und zu investieren. Wie wir genau solche Freiräume jetzt schaffen und die Wirtschaft sofort entlasten können, lesen Sie im Beitrag auf dieser Seite.

Ihr Carsten Linnemann

Bürokratieabbau

Aufbruch statt Auflagen

■ Deutschland braucht wieder mehr Dynamik. Dazu gehört vor allem, dass wir den Menschen wieder etwas zutrauen.

Wie sich ein solches Zutrauen politisch umsetzen lässt, zeigen einige Bundesländer bereits. In NRW bringt Ministerpräsident Hendrik Wüst gerade drei Vereinfachungs-Gesetze auf den Weg. Unter anderem sollen alle landesseitigen Berichts- und Dokumentationspflichten ausgesetzt werden, die zulasten der Wirtschaft gehen. Die Beweislast wird umgedreht: Was aus Sicht der Fachverwaltungen zwingend nötig ist, muss bis zum Stichtag fundiert begründet werden. Bleibt dies aus, entfällt die jeweilige Regelung „ersatzlos“. Auch Bayern geht diesen Weg. Genau diesen Geist braucht Deutschland jetzt im Bund. Deshalb schlage ich einen 3-Punkte-Plan für den Bürokratieabbau vor. Vor allem Mittelstand und Handwerk müssen jetzt entlastet werden.

Dokumentationspflichten aussetzen

Erstens: Für die nächsten drei Jahre sollten alle Dokumentationspflichten für Unternehmen ausgesetzt werden. Viele dieser Vorgaben sind Ausdruck eines grundsätzlichen Misstrauens gegenüber denjenigen, die jeden Tag Verantwortung übernehmen, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen.

Statt immer neuer Nachweispflichten brauchen wir ein einfaches Prinzip: weniger Bürokratie, dafür gezielte Kontrollen und konsequente Sanktionen bei tatsächlichen Verstößen. Der Staat sollte Unternehmern wieder mehr Vertrauen entgegenbringen.

Schluss mit analogen Statistikpflichten

Zweitens: Deutschland spricht seit Jahren über Digitalisierung, doch vielerorts herrscht noch immer Zettelwirtschaft. Unternehmen werden verpflichtet, Daten und Statistiken in veralteten



Mit CDU-NRW-General Paul Ziemiak, Ministerpräsident Hendrik Wüst und Bundeskanzler Friedrich Merz in Meschede

Verfahren zu melden, obwohl moderne digitale Lösungen längst möglich wären. Deshalb sollten alle analogen Statistikpflichten so lange ausgesetzt werden, bis der Staat selbst funktionierende digitale Verfahren bereitstellt. Es kann nicht sein, dass Betriebe Zeit und Ressourcen für Prozesse aufwenden müssen, die weder effizient noch

zeitgemäß sind. Weniger Papier bedeutet mehr Produktivität und mehr Zeit für das eigentliche Geschäft.

Lieferkettengesetz abschaffen

Drittens: Deutschland darf sich nicht länger mit zusätzlichen nationalen Sonderregeln belasten. Deshalb sollte das deutsche Lieferkettengesetz so schnell wie möglich abgeschafft und durch die neuen europäischen Regelungen ersetzt werden. Dieser Schritt würde insbesondere den Mittelstand erheblich entlasten. Auch die SPD hat sich im Koalitionsvertrag zu diesem Weg bekannt. Jetzt kommt es darauf an, die vereinbarten Maßnahmen konsequent umzusetzen.

Vorfahrt für Wachstum

Deutschland braucht wieder eine Politik, die Wachstum ermöglicht statt verhindert. Alle Maßnahmen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken, müssen jetzt Priorität haben. Der vorgestellte 3-Punkte-Plan verursacht keine zusätzlichen Kosten für den Staat. Im Gegenteil: Weniger Bürokratie bedeutet mehr wirtschaftliche Aktivität, mehr Investitionen und langfristig höhere Steuereinnahmen.

Was jetzt fehlt, sind keine weiteren Gutachten oder Arbeitsgruppen. Was jetzt gefragt ist, ist politischer Wille. Wenn die Koalition diese Maßnahmen umsetzt, sendet sie ein klares Signal an Millionen Beschäftigte, Handwerker und Unternehmer in unserem Land: Wir meinen es ernst mit dem wirtschaftlichen Aufbruch.

Bahnübergang in Benhausen ist Geschichte

Endlich keine Schranken mehr

Für die neue Bahnunterführung in Benhausen habe ich lang gekämpft. Mit Bernhard Hoppe-Biermeyer, Ortsvorsteher Franz Driller, Sven Koerner (Straßen NRW), Vize-Bürgermeister Robert Siemensmeyer, Projektleiter Richard Mede, Bauaufsicht Harald Hegers und Dezernent Henrik Egeler (von links) freue ich mich über die Fertigstellung des Infrastrukturprojekts.

■ Politik ist ein Marathonlauf, kein Sprint. Das beste Beispiel dafür ist die Bahnunterführung in Benhausen, die nun offiziell fertiggestellt wurde. Wo früher Schranken den Verkehr stoppten, fließt der Verkehr heute unter den Bahngleisen hindurch.

Als ich Ende 2009 in den Bundestag gewählt wurde, war die Beseitigung des Bahnübergangs mein festes Ziel. Hierfür hatte sich die CDU vor Ort schon lange starkgemacht. Eine meiner ersten Handlungen war deshalb die Einführung des „Verkehrsfrühstücks“. Die Idee: alle Akteure an einen Tisch zu bringen und beständig an einer Lösung zu arbeiten.

Es standen damals ganz unterschiedliche Varianten im Raum. Die favorisierte „große“ Lösung war die komplette Begradigung des Benhauser Bogens, sodass die Züge nicht mehr in einer Kurve durch Neuenbeken und Benhausen hätten fahren müssen. Hier waren wir lange auf einem guten Weg, allerdings wurden die Kosten dann mit 50 Millionen Euro veranschlagt. Das wäre schon damals nicht finanzierbar gewesen für die Deutsche Bahn. Stattdessen haben wir uns mit vereinten Kräften auf eine realistische und zugleich wirkungsvolle Lösung konzentriert: die Bahnunterführung in

Mit vereinten Kräften zur guten Lösung

Benhausen. Heute profitieren alle von einem verbesserten Verkehrsfluss, die Verzögerungen und Staus sind vorbei. Gerade auch für in Not Geratene ist dies wichtig, da keine Schranken mehr die Rettungsfahrzeuge aufhalten.

Der Erfolg zeigt zum einen, wie wichtig es in der Politik ist, zu Netzwerken und vereint an einem Ziel zu arbeiten. Zum anderen zeigt das Projekt, warum wir in Deutschland bei Infrastrukturvorhaben schneller werden müssen. Während der Planungsphase wurden immer wieder neue gesetzliche Vorgaben eingeführt, die Anpassungen erforderlich machten und zusätzliche Zeit und finanzielle Mittel kosteten. Das mag im Einzelfall nachvollziehbar sein, führt insgesamt aber dazu, dass wichtige Projekte oft deutlich länger dauern als nötig.

Deshalb setze ich mich auf Bundesebene für eine sogenannte Stichtagsregelung im geplanten Infrastruktur-Zukunftsgesetz ein. Die Idee dahinter ist einfach: Wenn ein Planungsverfahren einmal begonnen hat, sollen später beschlossene neue Vorgaben grundsätzlich nicht mehr rückwirkend auf dieses laufende Verfahren angewendet werden müssen. Das schafft Planungssicherheit, reduziert Bürokratie und beschleunigt wichtige Investitionen.

Krankenkassen

Es braucht eine Strukturreform

Im Gespräch mit Krankenhausvertretern des Caritasverbands in Paderborn

■ Über die notwendige Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) habe ich mit Vertretern der drei Akutkrankenhäuser im Kreis Paderborn gesprochen. Klar ist, dass die langfristige Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme nicht allein durch kurzfristige Sparmaßnahmen gelingen kann. Notwendig sind strukturelle Reformen, die das Gesundheitswesen langfristig tragfähig machen. Problematisch ist auch die große Anzahl der Krankenkassen, die zu einem hohen Verwaltungsaufwand und zu hohen Kosten führen. Die Zahl muss drastisch reduziert werden.

Das berichten die Anderen**dpa, 4. Juni**

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann will Paragraf 188 des Strafgesetzbuches, der Politiker vor Beleidigungen schützen soll, abschaffen. [...] Zuletzt hatte etwa das Amtsgericht Heilbronn einen Strafbefehl wegen Beleidigung gegen Personen des politischen Lebens verhängt, weil Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) als „Lackaffe“ bezeichnet worden war. [Anmerkung: Die Anzeigen erfolgen nicht durch die Politiker, sondern die Staatsanwaltschaft muss hier von Amts wegen selbst ermitteln.]

Die Menschen würden „den Kopf schütteln, wenn so was passiert“, meinte Linnemann nun im Fernsehen allgemein über die Anwendung von Paragraf 188. „Ja, die Gesellschaft ist zum Teil aggressiver, auch in der Sprache. Mir gefällt das auch nicht. Aber wenn wir da schon anfangen, bei solchen Begriffen bis zur Staatsanwaltschaft zu gehen, da hört es einfach auf.“ Dann hätten die Menschen das Gefühl, die Meinungsfreiheit werde eingeschränkt: „Ich kann nicht mehr das sagen, was ich will. Ich werde in die rechte Ecke gestellt, wenn ich das sage, was ich will.“ Das sei nicht gut für eine Demokratie.